



## *Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten*

### *Gesetzentwurf der Fraktion der CDU*

*- Drucksache 6/37 -*

*dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz*

*- Drucksache 6/1658 -*

### **ZWEITE BERATUNG**

#### **Vizepräsident Höhn:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bevor ich die Aussprache fortsetze, habe ich noch eine unangenehme Pflicht zu erfüllen. Herr Kollege Fiedler, Sie haben vorhin auf eine zugegebenermaßen provokante Äußerung aus den Reihen der Linksfraktion geantwortet mit „Du Drecksack“.

(Unruhe CDU)

Es ist protokolliert. Ihnen ist klar, dass das einen Ordnungsruf Wert ist, den ich Ihnen hiermit erteile. Eben doch, es wurde zugehört. Es ist dieser Zwischenruf protokolliert und damit erübrigt sich jegliche Diskussion. Der Ordnungsruf ist erteilt. Und ich erteile weiterhin das Wort dem Abgeordneten Brandner, Fraktion AfD.

#### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren, der Ordnungsruf ist erteilt und der nächste Ordnungsruf wahrscheinlich nicht weit. Herr Fiedler, bitte ... Was mein Vorredner hier an Heuchelei vom Stapel gelassen, meine Damen und Herren, das hat mich sehr gewundert, dass ihn das nicht hat rot werden lassen. Das ist wahrscheinlich darin begründet, dass er durch und durch rot ist. Denn das, was hier versucht wurde,

(Beifall AfD)

von Herrn Dittes nach vorne zu kehren, war nichts anderes als Verharmlosung, Vertuschung und Schlusstrichziehen. Das läuft mit uns nicht. Herr Dittes, die Rabulistik zum Wort Würde, die Sie

hier vom Stapel gelassen haben, die war schlicht einfach nur dumm.

Meine Damen und Herren, dass wir heute einen parlamentarischen Regierungssystem in Thüringen haben und dass der Freistaat Thüringen überhaupt existiert, ist Folge der friedlichen Revolution 1989/1990. Diese Ereignisse beförderten ein diktatorisches, sozialistisches Regime, geführt von der sich heute Die Linke nennenden SED auf die Müllhalde der Geschichte. Genau da gehört dieses sozialistische System, genau wie das nationalsozialistische System, auch hin: auf den Müllhaufen der Geschichte.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, es war eine Diktatur und zwar keine Diktatur des Proletariats, wie es beschönigend beschrieben wurde, denn so etwas kann es gar nicht geben. Es war die Diktatur einer selbstverliebten Herrschaftsclique, deren Resterampe hier ganz links noch sitzt. Diese verbrecherische Sozialistensystem, meine Damen und Herren, hielt sich einen monströsen Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparat, der die eingemauerte, drangsalierte und schikanierte Bevölkerung der DDR fest in den Griff nahm. Das war die Stasi, das sogenannte Schild und Schwert der Partei, die sich heute Die Linke nennt und die dieses Bespitzelungssystem - ich sage nur Film ab, Frau König - in Grundzügen fortsetzt.

(Beifall AfD)

Menschenrechte galten den Linken in der DDR nichts; überhaupt wurde das Recht im Sinne einer angeblichen sozialistischen Gesetzmäßigkeit angewandt, wodurch das linke SED-Regime nichts anderes war als ein Willkür- und Unrechtsstaat, der sich für seine Verbrechen der sogenannten Staatssicherheit bediente.

Meine Damen und Herren, es war ein gutes Anliegen des Thüringer Landtags, Parlamentarier, die sich in der DDR als Diener, Helfershelfer und Nutznießer dieses linken Unterdrückungsapparates hervorgetan hatten und somit die Verbrechen an der Bevölkerung erst möglich machten, als parlamentsunwürdig zu bezeichnen. Dies ist bis heute im Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten geregelt, dessen Änderung von links, also maßgeblich der umbenannten Tätervereinigung, heute versucht wird, außer Kraft zu setzen.

Dass dieses Gesetz in der nächsten Wahlperiode unverändert in Kraft bleibt, ist hingegen Inhalt des Gesetzentwurfes der Unionsfraktion, zwar einer Altpartei, aber in diesem Falle einer vernünftigen Altpartei. Diesem Gesetzentwurf der Union werden wir uneingeschränkt zustimmen, meine Damen und Herren.

In den Beratungen des Justizausschusses wurde dieser Gesetzentwurf mit der Mehrheit der Ramelow-Koalition in einem wesentlichen Punkt geändert. Künftig soll die Möglichkeit entfallen, eine Person für parlamentsunwürdig zu erklären. Aus Sicht der Linken ist das klar, zumal ja noch so manche Akte - Herr Blechschmidt, hören Sie genau zu - auftauchen und das macht Machtgefüge ins Wanken bringen könnte.

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Sie genauso wie alle!)

Sie von den Linken, die die Täter noch in Ihren Reihen haben und von denen Sie sogar wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse abhängig sind, sind also befangen in dieser Angelegenheit, genauso übrigens wie die gesamte Ramelow-Regierung auf das Wohlwollen von ehemaligen Stasispitzen hier in diesem Haus angewiesen ist.

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion hält nicht nur die Überprüfung, sondern auch die Möglichkeit, die Täter zu beurteilen und politisch moralisch zu verurteilen, für sinnvoll und unverzichtbar.

(Beifall AfD)

Dass der Begriff der Parlamentsunwürdigkeit umstritten ist, wurde anlässlich der Anhörung erneut deutlich, aber es gibt gute Gründe, daran festzuhalten. Das ist auch ganz im Sinne der Verfassungsgerichte – Herr Dittes hat die Flucht ergriffen, vielleicht hören Sie mich auf der Toilette oder im Cafe – und hat mit einem Verstoß gegen die Menschenwürde, die plötzlich in den vergangenen Tagen von Rot-Grün erfunden wurde, nichts zu tun, zumal diese Würde ja auch ganz hemdsärmelig und willkürlich von Ihnen, von der Ramelow-Koalition, gehandhabt wird. Oder erklärten Sie nicht vor Kurzem einen AfD-Fraktionsmitarbeiter für unwürdig, an einer Ausschusssitzung teilzunehmen? Da messen Sie wieder einmal bekanntlich mit mehrerlei Maß. Bereits 1994 führte das Bundesverfassungsgericht zur Parlamentsunwürdigkeit aus, ich zitiere: Damit wird nicht die Ehre des Abgeordneten im Sinne eines personalen Rechtsgut infrage gestellt, sondern die Würdigkeit, das Volk im Parlament zu vertreten. – Und der SPD-Bundesabgeordnete Wiefelspütz – ich weiß nicht, ob er noch in der SPD ist – stellte dazu fest: Mitarbeit für die Stasi oder gar politische Verantwortung dafür – hört, hört liebe Linke, auch politische Verantwortung für die Stasi reicht schon aus – lässt sich grundsätzlich nicht mit der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag vereinbaren. Wer das eigene Volk bespitzelt und unterdrückt hat, wer es hintergangen, verraten und betrogen hat oder wer all dies zu verantworten hatte, der gehört nicht in den Deutschen Bundestag. – Dies, meine Damen und Herren, gilt uneingeschränkt auch für den Landtag in Thüringen.

(Beifall AfD)

Eigentlich sollte unser Gemeinwesen nie wieder in die Hände von Unterdrückern und tätigen Parteigängern einer Diktatur geraten.

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Ja, aber genau das ist Ihr Wunsch!)

Frau Marx lacht. – Da aber genau dies in Thüringen durch die Koalition unter Ramelows Gnaden Wirklichkeit geworden ist, obliegt uns ganz besonders in diesem Thüringer Landtag eine erhebliche Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das nicht zu bleibendem Schaden führt. Es darf nicht signalisiert werden, dass die Unterdrücker von einst als moralische Sieger aus der Geschichte hervorgehen, während die Opfer von einst oft leer ausgehen oder allenfalls manchmal nach jahrelangen Rechtstreitigkeiten mit geringen Entschädigungen abgespeist werden, im Übrigen aber ihrem Schicksal überlassen bleiben. Deshalb ist die Möglichkeit, belastete Parlamentarier mit dem Urteil der Parlamentsunwürdigkeit zu versehen, auch heute und in absehbarer Zukunft sinnvoll und erforderlich, geradezu zwingend. Die bestehende Regelung, für deren Beibehaltung wir uns aussprechen, ist ausgewogen und moderat, auch im Vergleich zu manchen Regelungen in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Auch im Vergleich dazu ist die Möglichkeit klar, belastete Personen aus dem öffentlichen Dienst in Thüringen auszuschließen, dies ist in Artikel 96 Abs. 2 der Verfassung geregelt, wo festgeschrieben steht, dass Personen, die mit Stasi oder NaSi zusammengearbeitet haben oder für diese tätig waren, grundsätzlich die Eignung für die Einstellung oder die Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst fehlt. Das sind klare Worte, die wir uns so auch für die Parlamentszugehörigkeit wünschen. Leider ist es nicht so.

Meine Damen und Herren, die Unwürdigkeitserklärung ist also ohne Zweifel verfassungsrechtlich zulässig. Was Herr Dittes dazu gesagt hat, war, ich habe es schon gesagt, schlicht dumm. Es geht also allein um die politische Beurteilung und nicht um die rechtliche und da ist es ja sehr charakte-

ristisch, dass sich die Ramelow-Koalition gerade kurz im Amt sofort daran machte, diese sinnvollen Regelungen der Parlamentsunwürdigkeit zu beseitigen. Wenn wir dem nun heute hier folgten, leisteten wir einen Beitrag zur Verharmlosung der Diktatur jener Partei, die nach manchem Namenswechsel heute unter der Bezeichnung Die Linke hier vor uns sitzt und die in Thüringen den Ministerpräsidenten stellt. Das wäre ein falscher Schritt in die Richtung Schlussstrich. Das käme manchen in der Linkspartei sehr gelegen. Da machen wir allerdings nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Wie sieht es mit den Koalitionspartnern der SED/PDS/Linkspartei/Linke aus? Da las und hörte man, in SPD und bei den Grünen gäbe es noch Diskussionen, ob man die Streichung der Parlamentsunwürdigkeit befürworte. Die Diskussionen, meine Damen und Herren, habe ich im Ausschuss nicht bemerkt. Sie spiegelten sich auch nicht im Abstimmungsverhalten wider oder stimmen Sie von links immer mit Ja, bevor Sie die Diskussion beendet haben? Das kann ich mir nicht vorstellen. Da wurde etwas erfunden, um eine Rolle rückwärts vorzubereiten, wie gerade hier auch schon angedeutet wurde.

Ich frage Sie von den Grünen und von der SPD: Was soll das Herumgeeiere hier bis zur letzten Minute? Vorhin war im Twitter-Verkehr zwischen Herrn Adams und irgendwelchen Redakteuren zu lesen, wir ziehen den Antrag zurück, wir wissen nicht so genau. Also das scheint mir alles andere als gut durchdacht, was hier gelaufen ist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen die Aufarbeitung breiter fassen. Da ist der Fehler!)

Herr Adams, Sie sind breit genug. Ja, ist okay.

Sie umgeben sich gern mit dem Nimbus der friedlichen Revolution. Aber wenn es darauf ankommt, stimmen Sie – auch im Ausschuss schon – mit denjenigen, die die DDR verbochen haben und die sie am liebsten wiederhaben wollen, nämlich mit den Linken.

(Beifall CDU, AfD)

Die Thüringer Grünen – das sind heute 0 Prozent Bündnis 90, das sind 100 Prozent westgrüne, verbohrte, fundamentale Ideologen, nichts anderes ist das.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall AfD)

Wenn es darauf ankommt machen Sie mit, wenn die Linke ihre DDR-Vergangenheit entsorgen will. Herzlichen Glückwunsch zu dieser geradlinigen Politik, Herr Adams! Aber auch die SPD, die colorandi causa – wir unter Lateinern wissen, was damit gemeint ist – aus Diktaturopfern besteht, ist da im Ergebnis nicht besser. Aber bei Ihnen, Frau Marx und den Leuten, die dahinter sitzen, wundert mich schon lange nichts mehr – immer schön flexibel bleiben und an den Pöstchen kleben, das ist Ihre Maxime für Thüringer Politik. Auch das machen wir nicht mit.

(Beifall AfD)

Seltsam auch, übrigens, das Verhalten der CDU. Nicht seltsam gerade dieser Klamauk mit den

chinesischen Elektrokerzen, sondern seltsam Ihr Verhalten im Ausschuss. Wenn Sie Ihre angebliche Ablehnung ernst meinen, dann muss ich doch fragen: Warum haben Sie im Ausschuss nicht mit Nein gestimmt? Bis heute rätsle ich, was da bei Ihnen passiert ist. War das ein kollektiver Blackout, was da vonstattenging? Haben Sie nicht verstanden, worüber abgestimmt wird oder freuen Sie sich vielleicht klammheimlich doch, wenn die Änderung des Gesetzes nicht so erfolgt, wie Sie das wollen? Sie können es mir ja bei einem Bier oder einem Kaffee irgendwann mal erklären. Meine Damen und Herren, die geltenden Regelungen im Abgeordnetenüberprüfungsgesetz sind vernünftig, sie müssen beibehalten werden.

Meine Damen und Herren von der SPD – an Sie wende ich mich noch mal ausdrücklich –, machen Sie sich die Äußerungen Ihres Herrn Wiefelspütz zu eigen und machen Sie sich heute nicht zum Büttel der Täterpartei und folgen Sie nicht der Koalitionsdomina, nämlich der Linken. Lehnen Sie wie auch wir die Beschlussempfehlung ab und stimmen Sie dem Antrag der CDU zu. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Höhn:**

Die Nächste auf der Rednerliste ist Frau Abgeordnete Marx, SPD-Fraktion.

[...]

**Vizepräsident Höhn:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Eine Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Brandner, AfD.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Herr Adams, ich hatte ja vorhin schon einmal deutlich gemacht, dass das, was Sie aus dem Schmalspurkommentar gerade zitiert haben, nicht das ist, worum es geht. Sie scheinen es nicht zu begreifen! Es geht hier um Parlamentswürde und nicht um die Würde des Menschen. Wenn Sie sich vielleicht kundig machen wollen, dann empfehle ich Ihnen, einmal in das Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft hineinzuschauen, da haben sich die Genossin Mühlbauer und der Genosse Blechschmidt zur Würde unseres Fraktionsmitarbeiters geäußert. Wenn Sie diesen Würdebegriff zugrunde legen, dann müssten auch Sie rot werden. Also da wird nicht mit zweierlei, da wird mit drei- oder viererlei Maß gemessen. Um die Würde des Menschen geht es bei der Diskussion hier nicht ansatzweise.

Es wird Sie vielleicht freuen, dass Sie mich ein bisschen ratlos sehen nach den Betroffenheitstiraden von Frau Marx und noch einen drauf von Frau Rothe-Beinlich. Es ist gerade mal fünf Tage her, dass der Justizausschuss tagte und über dieses Gesetz gesprochen hat. Im Justizausschuss sitzen jetzt von dem Einheitsblock links sechs Abgeordnete, vier von der CDU und ein Abgeordneter der AfD. Die Abstimmung im Justizausschuss ging aus: sechsmal Ja für den Änderungsantrag, viermal Enthaltung und einmal Nein. Ich nenne jetzt keine Persönlichkeiten, die abgestimmt haben, aber daran sehen Sie mal, dass vor genau fünf Tagen der gesamte Einheitsblock links noch für diese Beschlussvorlage gestimmt hat, die heute plötzlich nicht mehr tragbar sein soll. Da muss ich fragen, meine Damen und Herren: Was ist bei Ihnen los? Weiß da nicht die linke Hand, was die andere linke Hand tut? Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, so ein Chaos – ich habe das ja bei der letzten Plenarsitzung hier schon einmal gesagt: Ein Gesetz nach dem anderen wird Hals über Kopf verlängert, weil Sie nicht in der Lage sind, vernünftige Gesetzesvorschläge zu machen. Hier bringen Sie Änderungsanträge ein, boxen sie durch den Ausschuss mit Ihrer Mehrheit und fünf Ta-

ge später machen Sie eine Rolle rückwärts

(Unruhe im Hause)

und sagen: Ja, wir sind alle betroffen, haben wir nicht richtig verstanden; Menschenwürde habe ich nachgelesen im Kommentar, passt alles nicht so richtig, deswegen lehnen wir unseren eigenen Antrag, den wir im Ausschuss durchgeboxt haben mit den sechs Stimmen, hier vor aller Öffentlichkeit ab. Ich habe einmal gesagt: Schlimmer geht's nimmer.

(Beifall CDU, AfD)

Schlimmer geht's bei Ihnen immer, glaube ich, meine Damen und Herren. Nichts anderes ist das. Das Einzige, was mich so richtig freut, ist, Sie hier so richtig bedröppelt und kleinlaut rumsitzen zu sehen,

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und was mich noch weiter freut, ist, das Sie gleich gemeinsam, zumindest hier diese beiden Blockparteien in der Mitte und links daneben, gemeinsam mit der AfD gegen Ihre eigene Beschlussempfehlung stimmen werden. Das wird mir meine Bierchen heute abend doppelt schmecken lassen, das sage ich Ihnen.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Höhn:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht...